



Land Brandenburg
**Bewährtes sichern.
Neues schaffen.**

Die ersten 100 Tage
der 8. Legislaturperiode
18. März 2025

Inhaltsverzeichnis:

I.	Einleitung	Seite 2
II	100 Tage: Ausgewählte Vorhaben	Seite 4
II.1	Wachstum und Strukturentwicklung	Seite 4
II.2	Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse	Seite 9
II.3	Starker Staat und soziale Sicherheit	Seite 13

I. Einleitung

Knapp elf Wochen nach der Landtagswahl kam die neue Landesregierung am 11. Dezember 2024 zu ihrer ersten Sitzung in der Potsdamer Staatskanzlei zusammen. Ein gutes Tempo, gerade weil in dieser 8. Legislaturperiode einer der zwei Partner erstmals im Landtag vertreten ist.

Das neue Kabinett ist eines der jüngsten in der Geschichte Brandenburgs und mit einem überwiegend ostdeutschen Hintergrund. Wir sind Partner auf Augenhöhe, gut miteinander abgestimmt und haben ein klares Motto: „Bewährtes sichern. Neues schaffen.“, so die Überschrift unseres Koalitionsvertrags. Das gemeinsame Ziel lautet zusammengefasst: Brandenburg bleibt sicher und stabil, lebenswert und wird wirtschaftlich noch stärker und innovativer.

Am 21. März ist die Landesregierung 100 Tage im Amt. Dies bietet traditionell Anlass, eine erste Bilanz zu ziehen, aber auch nach vorne zu blicken. Neben konkreten Punkten gehört dazu ganz wesentlich eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und durchaus auch: Einander zuhören und voneinander lernen. Das alles ist gut für Brandenburg. Die Aufgaben, die vor uns liegen, sind groß. Dabei steht schon lange fest: Die Einnahmen steigen nicht mehr wie in der Vergangenheit. Wir müssen im Haushalt klare Prioritäten setzen. Das gehört zur Wahrheit dazu.



Präsentation des Koalitionsvertrags am 27. November 2024

Die neue Regierung organisierte sich schnell entsprechend der neuen Zuschnitte, die wichtige Arbeitsgebiete zusammenfassen. Das gelang deutlich schneller, als in der vorherigen Wahlperiode. Es wurden zügig konkrete Themen angepackt. An prominenter Stelle steht Bürokratieabbau getreu dem Motto „Alles im Sinne von Verbesserungen zu überprüfen“. Alle Ministerien sind aufgefordert, Regelungen zu überprüfen und konkrete Vorschläge für den Abbau bürokratischer Hürden zu machen.

Das Ziel sind Erleichterungen für Wirtschaft, Handel, Landwirtschaft oder zum Beispiel auch die Schulen – und natürlich viele Bürgerinnen und Bürger. Die Landesregierung unterstützt und begleitet damit auch die Arbeit des Sonderausschusses für Bürokratieabbau, der sich Mitte Januar konstituiert hat.

Ebenso ganz oben auf der Agenda steht die Stabilisierung unserer Wirtschaft. Die Absenkung der Energiepreise ist dafür unabdingbar. Bereits zu Jahresbeginn kamen die Task Forces zu Cemex und PCK zusammen. Anfang März bezog eine Industriekonferenz auf

Einladung der Landesregierung klare Brandenburger Positionen, die in die Koalitionsverhandlungen für die künftige Bundesregierung eingespeist werden. Brandenburg ist und bleibt Industrieland, muss sich dabei jedoch – wie ganz Deutschland – strukturellen Herausforderungen stellen. Es gilt, klimagerechte Transformation und Digitalisierung weiter voranzutreiben sowie die Wirtschaft gezielt bei der Fachkräftegewinnung zu unterstützen. Das alles kann nur gelingen, wenn alle Akteure in einer konzertierten Aktion von Politik, Unternehmen, Verbänden, Kammern und Gewerkschaften zusammenstehen.

Das von der künftigen Bundesregierung vorgesehene 500-Milliarden-Euro -Sondervermögen für Investitionen kann uns auf diesem Weg unterstützen. Es beinhaltet wichtige Schritte, wie Investitionen in die Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, die Bildung und den Klimaschutz. Die damit verbundenen Chancen wollen wir nutzen, z.B. für den Umbau der Energieversorgung für unsere Wirtschaft und die Senkung der Energiepreise, für die Unterstützung der Krankenhausreform, für Schulen und Kitas oder den dringend erforderlichen Ausbau der Straßen- und Schieneninfrastruktur, z. B. der Ostbahn.

Bereits Anfang Mai kommen die Regierungen von Berlin und Brandenburg zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Die bewährte enge und kollegiale Kooperation mit der „größten märkischen Stadt“ setzen wir mit Elan fort. Viele weitere Themen, die in den ersten 100 Tagen fortgesetzt oder angeschoben wurden, sind in den folgenden drei Kapiteln knapp beschrieben.

Wir müssen uns in diesen weltpolitisch bewegten Zeiten behaupten. Das gilt im vierten Jahr des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine für ganz Europa. Als Koalition machen wir uns für eine diplomatische Lösung, und einen dauerhaften Frieden stark, der nicht an den legitimen Interessen der Ukraine vorbeigehen darf.

Doch Brandenburg muss sich auch jenseits der Weltpolitik behaupten. Das gilt im 80. Jahr nach Ende des Zweiten Weltkrieges ganz besonders für den Kampf gegen Extremismus und Hass. Viele wichtige Gedenktage stehen in den nächsten Wochen an. Gerade Brandenburg hat in den letzten Wochen des Krieges vor 80 Jahren ein gnadenloses Blutvergießen erlebt. Die Erinnerungen daran müssen uns immer mahnen, dass unser friedliches Zusammenleben und unser Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Brandenburg hat in den bald 35 Jahren seines Bestehens viele Herausforderungen gemeistert. Es wird auch die aktuellen Aufgaben durch gemeinsame Leistung und Zusammenstehen – durch die Sicherung von Bewährtem und die Schaffung von Neuem gut bewältigen. Dafür brauchen wir alle nicht nur Mut und Kraft, sondern auch Optimismus und Zuversicht. Gemeinsam wollen wir das Beste für unser Land – für die Menschen in Brandenburg erreichen.



Dr. Dietmar Woidke



Robert Crumbach

II 100 Tage: Ausgewählte Vorhaben

II.1 Wachstum und Strukturentwicklung



Zahnradwerk Pritzwalk

Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren wirtschaftlich sehr gut entwickelt. Mehrfach befand sich das Land beim Wirtschaftswachstum in der Spitzengruppe aller 16 Bundesländer und übertraf den Bundesschnitt deutlich. Die Arbeitslosenquote lag in den vergangenen Jahren durchgehend unter dem Schnitt der ostdeutschen Länder. Auch bei der Binnenzuwanderung ist Brandenburg bundesweit führend und hat als einziges ostdeutsches Flächenland in etwa wieder den Bevölkerungsstand von 1990 erreicht. Daran knüpft die neue Landesregierung an – was angesichts externer Einflüsse eine große Aufgabe ist.

- Brandenburgs **Industrie** ist die treibende Kraft für Wertschöpfung, Beschäftigung und soziale Sicherheit. Sie strahlt auf zahlreiche weitere Wirtschaftsbereiche wie Dienstleistungen, Bau, Handel, Forschung und Wissenschaft oder Digitalwirtschaft aus. Allerdings befindet sich Deutschlands gesamte Wirtschaftsentwicklung derzeit in einer Senke. Das geht auch an Brandenburg nicht vorüber.
- Deshalb lud die Landesregierung zur **Industriekonferenz** am 4. März. Dazu kamen rund 25 – auch international tätige – Industrieunternehmen sowie Verbände, Kammern und Gewerkschaften in der Potsdamer Staatskanzlei zusammen. In einer Erklärung fordern sie von der künftigen Bundesregierung, wettbewerbsfähige Strom- und Gaspreise, den Abbau von Bürokratie, mehr Arbeits- und Fachkräfte

auch aus dem Ausland, eine zuverlässige Förderung von notwendigen neuen Produktionsverfahren. Die Landesregierung wird diese Positionen in die anstehenden Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene einbringen und auf ihrer Ebene alles dafür tun, um die auf der Industriekonferenz vereinbarten Ziele zu erreichen.



Industriekonferenz 04.03.2025 in der Staatskanzlei

- Um die mittelständische Wirtschaft und vor allem das Handwerk zu stärken, wird die **Vergabe von Aufträgen der öffentlichen Hand** deutlich vereinfacht und entbürokratisiert. Bau-, Liefer- und Dienstleistungen sollen zukünftig bis zu einem geschätzten Auftragswert von 100.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) direkt beauftragt werden können. Dies ist ein Schritt zur Bekämpfung des Investitionsstaus zur Entlastung der Verwaltungen der Kommunen.
- Die Landesregierung setzt sich für **Brandenburger Unternehmen** und Regionen ein, die u. a. von strukturellen Veränderungen besonders betroffen sind oder vor besonderen Herausforderungen stehen, die eine koordinierte Begleitung der Landesregierung erfordern. Dazu gehört:
 - Die neue Landesregierung steht fest an der Seite des **PCK** und der Beschäftigten in Schwedt/Oder. Die

Task Force wird fortgesetzt. Die sechste Sitzung fand bereits am



Task Force PCK

- 25. Februar statt. Es besteht Konsens, dass die Beschäftigungsgarantie des Bundes weiter Bestand haben und die Versorgung mit Rohöl sichergestellt werden muss sowie die Finanzierung der künftigen Geschäftsausrichtung weiter finanziell unterstützt wird. Außerdem wird sich die Landesregierung nachdrücklich bei der neuen Bundesregierung für eine Klärung der Eigentümerstruktur einsetzen.
 - Die Unterstützung des Landes bei der Weiterentwicklung von Regionen wird aktuell beispielsweise in Schwedt/Oder deutlich. Dort entsteht ein **Innovation Campus** unter Beteiligung der Stadt, des Landkreises und aller großen Industrieunternehmen. Im Februar hat die Stadt einen ersten Förderbescheid über 18 Mio. Euro erhalten.
 - Die Unternehmensförderung aus dem Europäischen **Just Transition Fund (JTF)** in der Lausitz ist mit bislang über 800 Anträgen und einem Fördervolumen von über 100 Mio. Euro erfolgreich. Diese Förderung wird es in Höhe von 30 Mio. Euro nun auch in der Uckermark geben. Damit können in den nächsten Jahren kleine und mittlere Unterneh-

men vieler Branchen beim Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft gefördert werden.

- Der notwendige Transformationsprozess u. a. zur CO²-Minderung wird intensiv begleitet, so beispielsweise in der Task Force **CEMEX**, die am 21. Januar in der Staatskanzlei tagte. Das Cemex-Werk in Rüdersdorf ist ein bedeutender Industriestandort, der mit seiner Strategie zur Dekarbonisierung zum Vorzeigeprojekt werden kann. Die Landesregierung unterstützt diesen Prozess.
- Bei aktuellen Ereignissen, wie der drohenden Schließung des **Glaswerks Drebkau**, steht die Landesregierung eng an der Seite der Beschäftigten. Gegenüber dem Bundeswirtschaftsministerium setzt sich das Land für einen Resilienzbonus ein, damit das in der Glasmanufaktur Tschernitz hergestellte Solarglas wettbewerbsfähig bleibt.
- Die Landesregierung steht uneingeschränkt zum Beschluss des sukzessiven Ausstiegs aus der **Braunkohle-Verstromung** bis zum Jahr 2038. Gegenüber dem Bund setzt sie sich dafür ein, dass für den Neubau der erforderlichen Ersatz-Gaskraftwerke die Kraftwerksstandorte in Brandenburg berücksichtigt werden.



Kraftwerk Jämschwalde

- Die parallel erfolgende Strukturentwicklung in der **Lausitz** wird immer sicht- und erlebbarer. Inzwischen ist die Lausitz ein Vorbild für viele andere Regionen über Brandenburg hinaus. Dieser fortschrittliche Wandel sichert und schafft Arbeitsplätze.
 - Der Aufbau der **Medizinischen Universität Lausitz** – Carl Thiem (MUL) wurde in den ersten 100 Tagen tatkräftig fortgesetzt. Der Bund hat im Februar öffentlich 1,2 Mrd. Euro für den Aufbau der Forschung an der MUL zugesagt. Damit sollen unter anderem eine forschungsbezogene Infrastruktur aufgebaut werden. Anfang des Jahres wurden die ersten zehn Professuren ausgeschrieben.



ICE-Bahnwerk Cottbus

- Die Arbeiten für die weitere Halle des **ICE-Bahnwerks** in Cottbus verlaufen planmäßig. Sie soll im Oktober 2026 in Betrieb gehen. Die erste Halle wurde im Januar 2024 eröffnet. In dem modernsten Bahnwerk Europas arbeiten bereits 520 Frauen und Männer. Die Ausbildung junger Fachkräfte erfolgt in Kooperation mit der LEAG am Kraftwerk Jämschwalde.
- Der erfolgreiche Werkstattprozess der Wirtschaftsregion Lausitz GmbH (**WRL**) kann fortgesetzt werden. Mitte Februar gab es dafür den

- Förderbescheid vom Bund über vier Mio. Euro. Es ist das demokratische zentrale Beteiligungsverfahren bei der Strukturentwicklung mit Einbeziehung der Akteure vor Ort.
- Startschuss für den Projektfonds Kulturplan Lausitz: Das Land fördert in diesem Jahr 25 Vorhaben, die das Kulturleben sowie das kulturelle und das sorbische/wendische Erbe in der brandenburgischen Lausitz stärken sollen. Dafür stehen rund eine Million Euro bereit. Die Vorhaben sollen den Strukturwandel in der Region begleiten, neue Beschäftigungspotenziale erschließen und Strahlkraft für die Lausitz entwickeln.
 - Der **Cottbuser Ostsee** hat Ende 2024 erstmalig seinen Zielwasserstand von 62,5 Metern über Normalnull erreicht, nachdem bisher 170 Mio. Kubikmeter Spreewasser eingeflossen sind.



Cottbuser Ostsee

- Brandenburg ist ein attraktiver Standort für **Unternehmensgründungen** und Start-ups. Die Landesregierung setzt sich auch für junge Unternehmerinnen und Unternehmer ein; dazu gehört:
 - Start einer Kampagne, um die günstigen Standortfaktoren für Gründungen bekannt zu machen und für das Gründungsland Brandenburg zu werben.

- Etablierung von Start-up-Zentren. Die Betreiber und Standorte sind ausgewählt, sodass die Entwicklungsprogramme nun beginnen.
- Die Förderung aus dem Programm „Gründung innovativ“ wurde ausgeweitet. Junge Unternehmen werden beim Aufbau ihres Geschäftsmodells mit dem Gründungsgehalt unterstützt.
- Der in Brandenburg aus **erneuerbaren Energien** produzierte Strom soll verstärkt dort zum Einsatz kommen, wo er erzeugt wird. Dafür setzt sich die Landesregierung auf verschiedenen Ebenen weiterhin ein, so im Bundesrat und in der Konferenz der Ministerpräsidenten.
- Im Bundesrat hat Brandenburg ein Gesetz unterstützt, das für mehr Steuerung und damit Akzeptanz beim **Windenergieausbau** sorgt. Es regelt, dass sich Investoren Standorte für Windräder nicht weiter uneingeschränkt außerhalb von geplanten Windvorranggebieten per Vorbescheid sichern können. Da in Brandenburg in allen fünf Regionalen Planungsgemeinschaften bereits Vorranggebiete ausgewiesen sind oder daran gearbeitet wird, kann der Windkraftausbau mit dem neuen Gesetz flächendeckend besser gesteuert werden.

- Die Landesregierung spricht sich zudem für eine Bundesregelung aus, die den Zubau von Windenergieanlagen stärker an die **Netzinfrastuktur** knüpft. Es soll vermieden werden, dass Anlagen aufgrund fehlender Netzkapazitäten keinen Strom einspeisen können, während die Betreiber auf Kosten der Allgemeinheit Zahlungen erhalten. In gleichem Zug soll

der Ausbau der Netzinfrastruktur beschleunigt. Die Ansiedlung von Unternehmen in räumlicher Nähe von Windenergieanlagen zur Direktabnahme des Stroms soll unterstützt werden.



Netzausbau dringend erforderlich

- Wirtschaftliches Wachstum und unternehmerische Vielfalt sind unabdingbar mit dem **Abbau bürokratischer Hemmnisse** verbunden. Die Schwerpunkte des Bürokratieabbaus liegen bei Prozessen, an denen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger unmittelbar beteiligt sind. Informations- und Nachweispflichten sollen auf das notwendige Maß begrenzt werden. Auskunfts- und Beschwerdeverfahren sollen beschleunigt werden, Antrags- und Genehmigungsverfahren zügig, übersichtlich und nachvollziehbar ablaufen.
- Mit Beschluss vom 11. Februar hat sich die Landesregierung dafür **umfangreiche Vorgaben** gegeben: Jedes Ministerium filtert für seinen Zuständigkeitsbereich Vorschriften und Verwaltungsprozesse heraus, die noch in diesem Jahr aufgehoben oder vereinfacht werden können.
 - Ressortvorschriften, die auf EU- und Bundesregelungen beruhen, werden dahingehend überprüft, dass sie nicht durch zusätzliche

Landesregelungen darüber hinaus gehen. Neue Gesetze und Verordnungen werden einem **Bürokratiecheck** unterzogen: Sie dürfen nur noch eingeführt werden, wenn dafür an anderer Stelle entsprechende Regelungen wegfallen.

- Darüber hinaus flankiert und unterstützt die Landesregierung die Arbeit des **Sonderausschusses Bürokratieabbau** im Landtag aktiv. Die dort von Experten und Betroffenen eingebrachten Vorschläge werden zügig geprüft.
 - Im Zuge der Sitzung des Ausschusses zum Thema **Landwirtschaft** am 21. Februar konnte bereits eine Reihe von Vorschriften identifiziert werden, die die Landesregierung unverzüglich abbauen wird.
 - Voraussichtlich im Mai soll bereits das erste **Artikelgesetz** zum Bürokratieabbau mit konkreten Maßnahmen vorgelegt werden.
- Die **Landeshauptkasse** – die sämtliche Einnahmen und Ausgaben des Landes überwacht und darüber Buch führt – baut weitere unnötige Verwaltungsschritte ab. Dazu hat sie ein zentrales Forderungsmanagement in der Landesverwaltung eingerichtet, damit nicht mehr jede Behörde ihre Forderungen selbst eintreiben muss.



II.2 Zusammenhalt und gleichwertige Lebensverhältnisse



Brandenburgs Stärke ist auch seine Vielfalt: ländliche Regionen mit wertvollen Naturlandschaften, Dörfer und Landstädte, Wirtschaftsräume und die Verflechtung mit Berlin. Deshalb hat die Landesregierung die Entwicklung im ganzen Land im Blick. Überall im Land soll man gut leben können: bezahlbares Wohnen, attraktiver öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung. Es ist naheliegend, dass dies nicht überall gleich sein kann, angestrebt werden aber gleichwertige Lebensverhältnisse. Dabei ist es wichtig, die Themen vor Ort zu kennen. Deshalb führt die Landesregierung ab Frühjahr 2025 die Bürgerdialoge und die Reihe „Kabinett vor Ort“ fort. Das Land bekennt sich klar zu Toleranz und Vielfalt. Das gilt gerade in diesem Jahr, 80 Jahre nach dem Ende des vom nationalsozialistischen Deutschland begonnenen II. Weltkriegs.

- Über viele Jahre hat die Landesregierung für Verbesserungen bei der sogenannten **DDR-Opferrente** gekämpft. Am 14. Februar 2025 beschloss der Bundesrat das Gesetz dazu. Es war höchste Zeit für die Erhöhung und Dynamisierung. Betroffene erhalten die Opferrente anrechnungsfrei. Sie wird zusätzlich und altersunabhängig zu anderen Einnahmen gezahlt. Die Rente wird für frühere DDR-Häftlinge zum 1. Juli 2025 von 330 auf 400 Euro monatlich angehoben und ab 2026 dynamisiert. Außerdem wird ein bundesweiter Härtefallfonds für die Betroffenen eingerichtet. Brandenburg hatte einen solchen Fonds als erstes Bundesland bereits im Jahr 2015 geschaffen.
- Brandenburg hat im Januar eine Initiative in den Bundesrat mit dem Ziel eingebracht, dass **gesetzliche** Renten bis 2.000 Euro im Monat steuerfrei werden sollen. Sie wurde in die Ausschüsse überwiesen. Besonders Rentnerinnen und Rentner mit niedrigen

Einkommen spüren die Verteuerungen, denn sie müssen einen vergleichsweise großen Teil der Rente für Lebensmittel und Wohnen aufwenden.

- Mehr als 800.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger engagieren sich **ehrenamtlich** für das Gemeinwohl. Die Landesregierung steht ihnen mit vielen Maßnahmen zur Seite. Die Pilotphase der Ehrenamts-APP ist weitgehend abgeschlossen, sodass sie zum 1. April offiziell starten kann.



Ehrenamtsempfang 17. Dezember 2024

- Die neue Landesregierung legt besonderen Wert auf die Zusammenarbeit mit Polen. Es ist ein Querschnittsthema für allen Ressorts. Im Mittelpunkt stehen dabei die Beziehungen zu Brandenburgs drei benachbarten **polnischen Wojewodschaften**. Deshalb galt im Februar der erste Auslandsbesuch von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke in Zielona Gora, der Hauptstadt von Lubuskie (Lebuser Land). Hierbei ging es insbesondere darum, wie die Einschränkungen für den Personen- und Güterverkehr möglichst minimiert werden können, die aufgrund der aktuellen Grenzkontrollen (insbesondere A12) zur Vermeidung irregulärer Migration entstehen.

- Die Landesregierung von Brandenburg und Wojewodschaftsvorstand von Lubuskie kommen am 12. Juni in Potsdam zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen. Dabei wird es anlässlich der 25-jährigen Partnerschaft auch um neue Ziele für die künftige Zusammenarbeit gehen. Dafür wird eine **neue Kooperationserklärung** unterzeichnet.
- Die **Nachbarschaftsstrategie** für den deutsch-polnischen Verflechtungsraum wird fortgeschrieben, die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Gesundheit und Forschung vertieft sowie der wichtigen Rolle der deutsch-polnischen Doppelstädte Frankfurt (Oder) – Słubice und Guben – Gubin Rechnung getragen. Auch soll die Infrastruktur grenzüberschreitend gestärkt werden. So wirbt Brandenburg auch beim Bund für einen beschleunigten Ausbau der Schieneninfrastruktur zwischen Deutschland und Polen. Dazu gehört insbesondere der seit langem geforderte Ausbau der Ostbahn Berlin-Küstrin mit Verbindung nach Polen.



„Bänke gegen Rassismus“

- Das Kooperations-Partnernetzwerk der Koordinierungsstelle **Tolerantes Brandenburg** hat in diesem Jahr bereits vier neue Partner gefunden. Inzwischen sind 60 vielfältige Partner an Bord. Seine Bandbreite reicht von ADAC über Kirchen, Gewerkschaften, Landfrauen und Feuerwehr bis hin zu Unternehmen oder dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg.

- Die **Bauordnung** wird derzeit mit dem Ziel novelliert, das Planen und Bauen zu vereinfachen und zu beschleunigen. Anfang März ist die Abstimmung gestartet, ein Konzept mit Vorschlägen liegt auf dem Tisch. Gleichzeitig nutzen bereits mehrere untere Baubehörden das virtuelle Bauamt mit vollständig digitalisierten Baugenehmigungsverfahren. Dieses Verfahren soll bis Ende 2025 auf weitere Bauämter ausgeweitet werden.
- Brandenburg hat gemeinsam mit anderen Ländern im Dezember erfolgreich einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der die auslaufende **Mietpreisbremse** bis 2029 verlängern soll. Als wesentliches Instrument zur Unterstützung des bezahlbaren Wohnens hat sich zudem die Wohnraumförderung bewährt.
- Neben bezahlbarem Wohnraum ist **Mobilität** entscheidend für ein gutes Leben. In den ersten 100 Tagen wurde in diesem Sinne unter anderem die Planfeststellung für den Ausbau der Bahnstrecke Lübbenau – Cottbus beschlossen. Der Bau wird aus Mitteln des Kohleausstiegs finanziert. Betriebsstart soll Ende 2027 sein.



Allee zum Hellsee bei Lanke

- Bis 2028 sollen rund 20.000 Bäume an Straßen und Wegen gepflanzt werden. Deshalb wird derzeit das komplette

Netz der Bundes- und Landesstraßen sowie auch der kommunalen Straßen untersucht, um gezielt Pflanzpotentiale für **Alleen** und auch sondern auch Baumreihen zu finden.

- Die strategische Zusammenarbeit mit **Berlin** mit Schwerpunkten unter anderem auf Wirtschaft, Energie, Wasser, Schienenverkehr wird fortgesetzt. Es geht dabei um die gesamte Hauptstadtregion – von der Prignitz über Alexanderplatz bis Elbe-Elster, von der Uckermark über Charlottenburg bis in den Fläming. Bereits für Mai ist die nächste gemeinsame Kabinettsitzung geplant.



Gemeinsame Kabinettsitzung Berlin und Brandenburg

- Für die **Regionalentwicklung** wurden die Arbeitsstrukturen gefestigt. Entsprechend der Regionalentwicklungsstrategie gibt es inzwischen in allen Regionen eine Koordination, die den Prozess vor Ort voranbringt.
- Brandenburg hat es als einziges ostdeutsches Flächenland etwa wieder den Bevölkerungsstand von 1990 erreicht. Dazu haben auch die **Rückkehrer- und Zuzuginitiativen** beigetragen wie das Projekt „hierzulande(n)“ aus Müncheberg, zum Miteinander von zugezogenen und langjährigen Brandenburgern, das die Landesregierung aktuell unterstützt.

- Die Geschichte märkischer **Gleichstellungspolitik** wurde fortgeschrieben. Auch im Jahr 2025 hat das Land die mittlerweile 35. Brandenburgische Frauenwoche finanziell gefördert. Unter dem Motto „Trotz(t)dem“ wurden mehr als 200 Veranstaltungen im Frauenmonat März umgesetzt.



- Der Schutz der historischen Gärten und Parks vor den Folgen des Klimawandels wird verstärkt: Das Land hat dazu Anfang des Jahres rund sieben Mio. Euro an die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sowie die Stiftung Park und Schloss Branitz freigegeben, mit denen klimabedingte Schäden durch Extremwetterereignisse in denkmalgeschützten **Garten- und Parkanlagen** erfasst und nach Möglichkeit reduziert werden (EFRE-Förderrichtlinie „Klimaanpassung von denkmalgeschützten Garten- und Parkanlagen“).

II.3 Starker Staat und soziale Sicherheit



Sicherheit hat viele Dimensionen: Die Sicherheit, dass Straftaten effektiv verhindert werden und der Rechtsstaat verlässlich handelt. Die Sicherheit, dass Kindern die besten Bildungschancen ermöglicht werden. Und die Sicherheit, dass man im Krankheits- und Pflegefall optimal betreut wird. Dazu braucht es einen starken und handlungsfähigen Staat.

- Zur Bekämpfung von **hybriden Bedrohungen** und Desinformation wurde bereits eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet.
- Am Aufbau des zweiten Standorts für die Landesschule für **Brand- und Katastrophenschutz** wird gearbeitet, mitsamt Katastrophenschutzlager und Waldbrandkompetenzzentrum. Es ist eingerichtet worden und wird sukzessive ausgebaut, um Theorie und Praxis bei der Prävention und Bekämpfung von Waldbränden besser zu verzahnen.
- Zur Beseitigung von Kampfmitteln hat sich die Modellregion Oranienburg bewährt. Sie sollte daher in eine „Kompetenzregion für Kampfmittelbeseitigung“ überführt werden.
- Beim Hochwasser im Spätsommer 2024 waren rund 2.300 Einsatzkräfte und Helfer im Einsatz. Ihnen wird mit der **Einsatzmedaille „Hochwasser 2024“** gedankt, wie das Kabinett im Januar 2025 beschloss.
- Die Landesregierung macht sich für alle geeigneten und rechtssicheren Maßnahmen stark, die die illegale und **irreguläre Migration** eindämmen.
 - So ist am 13. März in Eisenhüttenstadt nach Hamburg das zweite nationale **Dublin-Zentrum** gestartet.

Es wird mit dem Schwerpunkt von Rückführungen nach Polen betrieben. Damit wird es gelingen, Verfahren zu beschleunigen. Weitere Maßnahmen, etwa das Behördenzentrum am BER, sind in Vorbereitung.

- Es wird auch **Ausreisezentren** geben – nicht jedoch am einst in Erwägung gezogenen Standort einer früheren Kaserne in Küstrin-Kietz an der Oder. Die Erstaufnahme von Personen aus Afghanistan aus dem Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan in Wünsdorf ist gestoppt.
 - Auch die **Grenzkontrollen** nach Polen zeigen deutlich Wirkung. Die Landesregierung setzt sich deshalb solange für eine Fortsetzung ein, bis der EU-Grenzschutz und eine gerechte Verteilung von Geflüchteten in der EU funktionieren.
- Die Landesregierung stärkt die innere Sicherheit weiter. Die Stellenzielzahl der **Polizei** wird auf 9.000 erhöht. Das Auswahlverfahren zur Einstellung von Bewerberinnen und Bewerbern in den Vorbereitungsdienst des Polizeivollzugsdienstes ist erfolgt, sodass bis zu 220 angehende Polizistinnen und Polizisten zum 1. April ihr Studium oder ihre Ausbildung beginnen werden.



- Seit Januar wird die **Bezahlkarte** für Asylbewerbende eingeführt. Während andere Bundesländer die Karten zunächst nur in den Erstaufnahmeeinrichtungen ausgeben, erfolgt dies in Brandenburg auch in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Einige davon haben die Karten bereits ausgegeben und mit Guthaben versehen. Seit Anfang März 2025 haben alle Behörden, welche die Bezahlkarte einführen, Zugriff auf die notwendigen Systeme sowie die erforderlichen Blankokartenträger, so dass der Rollout auch in den übrigen Kreisen und kreisfreien Städten kurz bevorsteht.



- Das Ministerium der Justiz wurde zum 1. Februar 2025 zu einem Ministerium der Justiz und für Digitalisierung erweitert. Erstmals in der Geschichte des Landes sind die Zuständigkeiten für die vielseitigen **Digitalisierungsfragen** in einem Ministerium gebündelt. Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem die zentrale Koordinierung, strategische Planung und Steuerung des E-Government und des IT-Einsatzes in der Landesverwaltung. Zeitnah wird ein Digitalbudget eingeführt.
- Für eine effizientere und **bürgerfreundlichere Verwaltung**: Das Brandenburger Kabinett hat am 25. Februar dem Staatsvertrag

zwischen Bund und Ländern über die Errichtung des Nationalen Once-Only-Technical-Systems (NOOTS) zugestimmt. Ziel ist, in der Verwaltung bereits vorliegende Daten behördenübergreifend digital zugänglich zu machen, um Unternehmen und die Bevölkerung von unnötigen Nachweispflichten zu befreien und zugleich die Verwaltungen von Doppelarbeiten zu entlasten. Damit wird die Digitalisierung der Verwaltung und Bürokratieabbau entscheidend vorangetrieben. Mit NOOTS wird Brandenburg Teil einer deutschlandweiten digitalen Verwaltungsinfrastruktur.

- Mit dem Relaunch des **DatenAdler** (<https://datenadler.de>) setzt Brandenburg neue Maßstäbe für offene Daten. Als zentrale Anlaufstelle für eine Vielzahl frei verwendbarer Datensätze verschiedener Behörden fördert Brandenburg mit dem DatenAdler Transparenz, Innovation und Partizipation. Offene Daten als Wirtschaftsfaktor und strategische Ressource tragen zur digitalen Transformation bei.
- Am 24. Februar 2025 startete die Pilotphase der elektronischen Akte (**eAkte**) in Strafsachen zur vollständigen digitalen Aktenführung. Die eAkte ermöglicht in Ermittlungs- und Strafverfahren eine moderne, effiziente und medienbruchfreie Zusammenarbeit zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten. Die E-Akte soll bis 1. Januar 2026 flächendeckend eingeführt werden.
- Am 11. Februar 2025 startete am Amtsgericht Königs Wusterhausen das **KI-gestützte Recherchetool** „KAI“ zur beschleunigten Bearbeitung von Verfahren zu Fluggastrechten. „KAI“ bereitet wiederkehrende Problemstellungen und Rechtsfragen strukturiert auf. Die Erkenntnisse des Projektes sollen als Grundlage für die Weiterentwicklung intelligenter Assistenzsysteme in der Justiz dienen, um Massenverfahren in verschiedenen Rechtsgebieten schneller und gezielter bearbeiten zu können.
- Seit 4. März 2025 ist die **Online-Terminbuchung** für ausgewählte Amtsgerichte unter der Adresse <https://justiztermine-brandenburg.de> möglich. Im Rahmen eines Pilotbetriebes können damit unkompliziert Termine bei den Amtsgerichten Bad Liebenwerda, Luckenwalde, Neuruppin und Strausberg online vereinbart werden.
- Für die Justiz wurde mehr **Transparenz** geschaffen, indem künftig Weisungen des Ministeriums an die Staatsanwaltschaften schriftlich erfolgen und dokumentiert werden. Das stärkt die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft.
- Weiter arbeitet die Justiz daran, **Altverfahren** zügig abzubauen und Verfahren insgesamt zu beschleunigen.
- Zur Stärkung des **Schutzes der Betriebsräte** wurde die Zuständigkeiten für Verstöße gegen das Betriebsverfassungsgesetz bei den Sonderabteilungen der Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gebündelt.
- Die Landesregierung unterstützt Schritte zur **Vorratsdatenspeicherung**, um Täter besser verfolgen zu

können. Das gilt insbesondere zur Bekämpfung und Aufklärung schwerer Kriminalität im Bereich Terrorismus, Kinderpornografie, Kindesmissbrauch oder organisierter Kriminalität.

- Für die **Schulen** wird bedarfsgerecht weiteres Personal eingestellt. Nachdem für das laufende Schuljahr 1.555 Lehrkräfte unbefristet eingestellt wurden, kamen seit Beginn der Legislatur bis Mitte Februar rund 600 weitere Lehrkräfte unbefristet hinzu.



- Das **Maßnahmenpaket** des Bildungsministeriums zeigt Wirkung: Dazu gehören das Modell 63+, das Modell U70 und das Landlehrer-Stipendium für den Einsatz an Schulen im ländlichen Raum. Im Januar wurden 20 Stipendienplätze für das Sommersemester 2025 ausgeschrieben.
- Die **Lehrpläne** werden verbindlicher gestaltet mit dem Fokus auf Kernkompetenzen.
- Die eingeschränkte Verwendung von **privaten Smartphones** und ähnlichen Digitalgeräten in der Grundschule (Klassenstufe 1 – 4) wird verbindlich geregelt. Das stärkt auch die Schulleitungen. Die Festlegung dazu ist in Arbeit.
- Im Januar startete das neue **Landesinstitut Brandenburg für Schule** und Lehrkräftebildung (LIBRA). Es ist die zentrale Anlaufstelle für alle fachlichen Belange der Lehrkräfte und Schulleitungen mit Angeboten im ganzen Land.
- Die **digitale pädagogische Infrastruktur** für die Schulen im Land Brandenburg wird weiter ausgebaut. Eine Bildungsmediathek für digitale Bildungsmedien und -materialien für den Unterricht befindet sich im Aufbau. In der Schul-Cloud Brandenburg können Lehrkräfte nun schulübergreifend in den neuen Räumen zusammenarbeiten.
- Brandenburg wird gemeinsam mit Bremen als erstes Pilotland den **KI-Chatbot „telli“** in Betrieb nehmen. Als gemeinsame Entwicklung aller Länder soll telli als bundeseinheitliches KI-Tool künftig von allen Schulen kostenlos genutzt werden können. Es wird nach einem Testbetrieb im Frühjahr 2025 sukzessive allen Schulen zur Verfügung gestellt.
- Das Modellprojekt der berufs begleitenden Qualifizierung von Seiteneinsteigenden für den **Sport**unterricht an Grundschulen mit seinen bis zu 38 Plätzen pro Schuljahr wird bei Schulen und Lehrkräften zunehmend geschätzt.
- Zur Neuregelung der **Kita-Finanzierung** wurden die ersten konstruktiven Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden zur weiteren Gestaltung des Arbeitsprozesses aufgenommen. **Die Beitragsfreiheit** für Krippe und Hort wurde für die Mehrheit der Eltern

dauerhaft sichergestellt sowie eine Deckelung für fast alle übrigen.

- Die Landesregierung unterstützt die Bewerbung von Berlin für die **Olympischen und Paralympischen Spiele**. Mit einigen Austragungsorten kann Brandenburg davon profitieren.
- Der **FC Energie Cottbus** hat Chancen, direkt in die 2. Fußballbundesliga aufzusteigen. Für die Zulassung sind einige Umbauarbeiten am Stadion notwendig. Das Land hat im Februar zugesichert, den Verein zusammen mit der Stadt dabei finanziell zu unterstützen.
- Die beschlossene **Krankenhausreform** bleibt im Gesundheitsbereich beherrschendes Thema. Im März führt das Gesundheitsministerium Regionalkonferenzen in den fünf Versorgungsgebieten der Krankenhausplanung durch, um die Akteure im Land eng in die Umsetzung der Reform einzubinden und Hinweise aus der Praxis aufzunehmen.
 - Das gemeinsame Ziel ist eine zukunftsfeste Versorgung. Alle **Krankenhausstandorte** in Brandenburg sollen als Orte der regionalen Gesundheitsversorgung erhalten bleiben.
 - Veränderungen kosten Geld: Der Bund muss sich an den Kosten direkt beteiligen, da es sich um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt. Die Landesregierung setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass er 40 Prozent des geplanten **Transformationsfonds** finanziert, die Krankenkassen und die Länder jeweils 30 Prozent.
- Der **Krankenhausplan** muss im Zuge der Reform von Grund auf neu

aufgestellt werden. Die Arbeiten daran haben begonnen. Er soll zum 1. Januar 2027 in Kraft treten.

- Die Enquete-Kommission „Lehren aus der **Corona-Pandemie**“ hat Mitte März ihre Arbeit aufgenommen. Ziel ist es, aus den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie für die Zukunft die richtigen Schlüsse zu ziehen und die Resilienz gegen Gesundheitskrisen zu stärken. Bei Bedarf werden Vorschläge für notwendige und umsetzbare Verbesserungen entwickelt.
- Eine weitere Konsequenz aus der Pandemie für die neue Landesregierung: Menschen mit Corona-Impfschäden oder **Long Covid** sollen mehr Hilfe erhalten. Dafür unterstützt die Landesregierung das DiReNa Gesundheits-Netzwerk Brandenburg e. V zur Diagnostik und Behandlung von Long Covid oder Post-VASC-Syndrom.
- Für die Brandenburger **Pflege- und Gesundheitsschulen** wurde bereits mehr Planungssicherheit erreicht: Die zunächst befristete Erhöhung der Investitionspauschale von 200 auf 500 Euro ist dauerhaft gesichert.



- Nach dem ersten Ausbruch der **Maul- und Klauenseuche** seit Jahrzehnten war im Januar eine kritische Lage zu bewältigen. Das ist gut gelungen. Die

Seuche wurde dank entschlossener Maßnahmen schnell eingedämmt. Weitere Ausbrüche konnten verhindert werden. Die Landesregierung stand den Betroffenen zur Seite und wird auch weiterhin angemessen unterstützt.

- Die Seuche hatte auch Auswirkungen auf die traditionelle **Grüne Woche** im Januar: In der Tierhalle durften keine Paarhufer gezeigt werden, die sonst als Publikumsliebliche gelten. Dennoch konnte sich Brandenburgs Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft erneut vielfältig und erfolgreich präsentieren.



- Ein besseres Management und Zusammenleben von Mensch und Tier, insbesondere mit dem **Wolf**, wird die Novellierung des Jagdgesetzes mit sich bringen. Dabei soll der Wolf in das Jagdrecht aufgenommen werden, da die Zahl der Wölfe in den letzten Jahren vor allem in Brandenburg sprunghaft zugenommen hat. Insbesondere bei der Weidetierhaltung gibt es erhebliche Schäden. Die bisherigen umständlichen, bürokratischen und auch teuren Schutzmaßnahmen wirken

nicht ausreichend. Aktuelle Möglichkeiten zum Abschuss von Wölfen haben sich als weitestgehend untauglich herausgestellt. Die ersten Schritte für Veränderungen sind bereits gemacht. Dazu gehört die Stabsstelle „Wildtiermanagement“. Um das auch bundespolitisch zu unterstützen, hat die Landesregierung am 18. März eine Bundesratsinitiative geschlossen.



- Bereits Anfang März gab es erste **Waldbrandwarnungen**, da Böden und Wälder aufgrund der zuletzt regenarmen Wochen sehr trocken sind. Aber aufgrund vieler Erfahrung ist Brandenburg gewappnet, um möglichen Gefahren begegnen zu können. Im Bereich Waldbrandfrüherkennung arbeiten die Behörden in Brandenburg und Sachsen-Anhalt demnächst noch enger zusammen. Hier ist eine entsprechende Vereinbarung bereits auf den Weg gebracht.
- Auch dem Schutz vor Waldbränden dient die in Arbeit befindliche Novelle des **Wassergesetzes**. Ziel ist u. a., Wasser länger in der Landschaft zu halten.



Brandenburger Kabinett (v.l.n.r.): **Hanka Mittelstädt**, Ministerin für Landwirtschaft, Ernährung, Umwelt und Verbraucherschutz (MLEUV), **Britta Müller**, Ministerin für Gesundheit und Soziales (MGs), **Katrin Lange**, Ministerin des Innern und für Kommunales (MIK), **Daniel Keller**, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Klimaschutz (MWAEK), **Robert Crumbach**, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister der Finanzen und für Europa (MdFE), **Steffen Freiberg**, Minister für Bildung, Jugend und Sport (MBS), Ministerpräsident Dr. **Dietmar Woidke**, **Detlef Tabbert**, Minister für Infrastruktur und Landesplanung (MIL), **Kathrin Schneider**, Ministerin und Chefin der Staatskanzlei (Stk), Dr. **Benjamin Grimm**, Minister der Justiz und für Digitalisierung (MdJD), Dr. **Manja Schüle**, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur (MWFK)

IMPRESSUM

Herausgeber:

Land Brandenburg

Staatskanzlei

Abteilung 3, Kommunikation

Heinrich-Mann-Allee 107 | 14473 Potsdam

Telefon: 0331/866-0 | poststelle@stk.brandenburg.de

www.brandenburg.de | facebook/Instagram: [unser.brandenburg](#), [staatskanzleibb](#)

Redaktion / V.I.S.D.P.: Regierungssprecher Florian Engels

BILDNACHWEISE

Titelseite: privat |

S. 2, S. 6 r., S. 7, S. 8 l., S. 11 r., S. 14 r.: picture alliance |

S. 4, S. 5 l. u. r., S. 9, S. 10 l. und r., S. 13, S. 14 l., S. 18 l., S. 19: Staatskanzlei |

S. 6 l., S. 11 l., S. 12: F. Engels |

S. 8 r., S. 16, S. 17, S. 18 r.: Adobe Stock |